

## Castoren „Alpen-Varoufakis“

Nach der grundsätzlichen Übereinkunft im Energiestreit herrscht weiterhin Uneinigkeit bei der Frage, ob auch Bayern Castoren aufnehmen muss. Ministerpräsident Horst Seehofer wies am Donnerstag vor der CSU-Landesgruppe in Berlin das Argument zurück, dass Bayern einige der Behälter mit radioaktivem Müll aus Gerechtigkeitsgründen lagern müsse. „Das Verursacherprinzip gilt hier nicht“, sagte

Seehofer laut Teilnehmern. Man könne genauso gut argumentieren, dass die Bundesländer mit Atomkraftwerken jahrzehntelang das Risiko der Kernkraft getragen hätten und nun Länder ohne AKW-Standorte für die Zwischenlagerung sorgen sollten. Sogar die Schwesterpartei CDU ist von der Sturheit der Bayern in der Energiefrage genervt. An der Fraktionspitze hat Seehofer in Anspielung auf das griechische Rettungsdrama einen neuen Spitznamen: „Alpen-Varoufakis“. mp

## Windkraft Wunde Ungetüme

Die Bundesregierung hat keinen speziellen Plan, wie die empfindlichen Übertragungsanlagen von Offshore-Windparks im Falle eines Angriffs gesichert werden können: „Besondere Konzepte für den Schutz dieser Schlüsselkomponenten liegen nicht vor“, heißt es in der Antwort auf eine Anfrage der Linken-Abgeordneten Christine Buchholz. Hochspannungsübertragungsanlagen und Umspannstationen an der deutschen Nordseeküste gelten als wunder Punkt bei der Windstromerzeugung auf See. Beim Ausfall einer einzigen Übertragungsanlage könnten bis zu 900 Megawatt Strom nicht mehr an Land transportiert werden. Vor der deut-



sehen Küste gibt es derzeit sechs derartige Komplexe, sechs weitere sollen folgen. Die Ungetüme auf stählernen Stelzen sind nicht besonders gesichert oder gepanzert. Siemens, einer der Hersteller der Anlagen, hält allerdings einen „Angriff auf See“ für „logistisch ... höchst herausfordernd“. Das Verbundnetz der europäischen Stromübertragung kann einen plötzlichen Ausfall von 3000 Megawatt verkraften. Bis zum Jahr 2030 sollen 15 000 Megawatt auf See erzeugt werden. bre

## Schwarz-Grün Schlechte Stimmung

Am Streit über den Datenschutz könnte eine mögliche schwarz-grüne Koalition im Bund scheitern. Bei dem regelmäßigen Meinungsaustausch von Politikern von Union und Grünen kam es am Mittwochabend in Berlin zu einem heftigen Streit. Thema war „Daten als Rohstoff“. „Man muss über die wirtschaftlichen Chancen reden“, sagte CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn. Verkehrsströme könnten durch

die Auswertung von Daten künftig besser gelenkt werden. Als weiteres Beispiel nannte Spahn, der zum Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium aufrückt, das Gesundheitswesen. Hier könnte der schnelle Zugriff auf Daten im Notfall Leben retten. Der grüne Innenpolitiker Konstantin von Notz konterte laut Teilnehmern, dass für wirtschaftliches Wachstum keine Bürgerrechte ausgehebelt werden dürften. „Hier steht die Demokratie auf dem Spiel.“ mp

## Jakob Augstein Im Zweifel links

# Ein paar Lektionen



In der Griechenlandkrise sagte der Chef der Euro-Gruppe, Jeroen Dijsselbloem, am vergangenen Samstag: „Einfache Hilfsprogramme gibt es nun einmal nicht, das ist die Wahrheit. Und wenn die griechische Regierung ihrem Volk diese Wahrheit nicht zumuten will, hat sie ein Glaubwürdigkeitsproblem.“ Da wurde deutlich, dass die Griechenlandkrise ein Akt der Erziehung ist. Es geht nicht um das griechische Volk, das weiß ja längst, dass nichts an der Krise einfach ist. Es geht um die Linken in ganz Europa. Noch der letzte Linke soll seine Lektion lernen: Geld ist Macht, Macht ist Wirklichkeit, und wehe dem, der sich eine andere Wirklichkeit wünscht.

Kurt Kister schreibt in der „Süddeutschen Zeitung“: „Tsipras und seine Freunde nehmen die Euro-Zone-Welt nach ihrem eigenen Willen und ihrer Vorstellung wahr.“ Damit unterstellt Kister, dass die Wirklichkeit anders ist, als Tsipras sie wahrnimmt. Holger Steltzner schreibt in der „Frankfurter Allgemeinen“: „Offenbar bricht das Primat der Politik ökonomische Grundgesetze nicht.“ Das impliziert, die Griechen hätten sich daran versucht, das Primat zu brechen.

Aber diese ökonomischen Gesetze sind eine Fiktion, und diese Wirklichkeit ist es erst recht. Dahinter verstecken sich Interessen. Wer wurde in den ersten Runden der griechischen Krise gerettet? Die Banken. Sie durften nicht bankrottgehen. Sie waren systemrelevant. Jetzt sehen wir: Der griechische Staat ist nicht systemrelevant.

Der Irrsinn der Rettungspolitik bekümmert viel zu wenige Leute. Wenn wir die Wahl haben, Griechenland zu vernichten und Europa zu verwunden oder das steinerne Spardiktat zu beenden: Wofür entscheiden wir uns? Gegen die Menschen und für die Ideologie. Das Geld wohl gemerkt ist in beiden Fällen perdu.

Als ein Berater Angela Merkels nach ihrer Vision für Europa gefragt wurde, soll er gesagt haben: „Ein wettbewerbsfähiger Kontinent.“ Knapper lässt sich das Versagen der Kanzlerin nicht fassen. Sie hat aus Europa ein Buchhalterprojekt gemacht. Jürgen Habermas beklagt, dass sich die Politiker in Brüssel und Berlin weigern, ihren Kollegen aus Athen als Politiker zu begegnen: „Sie sehen zwar wie Politiker aus, lassen sich aber nur in ihrer ökonomischen Rolle als Gläubiger sprechen.“ Das ist die „organisierte Traurigkeit des Kapitalismus“, von der im Zukunftsmanifest der Linkspartei die Rede ist.

Bertolt Brecht hat Mitte der Fünfzigerjahre geschrieben: „Die heutige Welt ist den heutigen Menschen nur beschreibbar, wenn sie als eine veränderbare Welt beschrieben wird.“ So geht das Credo der politischen Kunst: Wir wollen von der Welt wissen, dass sie besser werden kann.

Heute sinkt die Wahlbeteiligung, und überall sind die Rechtspopulisten auf dem Vormarsch. Die Kunst der Politik ist in Misskredit geraten. Kein Wunder. Sie zeichnet nur noch das Bild einer unveränderlichen Welt.

Einer unverbesserlichen.

An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein und Jan Fleischhauer im Wechsel.